

Dokumente zum Zeitgeschehen

- Mittel- und langfristig wird die Bedeutung der Fähigkeit zur Krisenreaktion für das Bündnis, aber auch im weltweiten Rahmen noch zunehmen. Alle jetzt anstehenden konzeptionellen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Bundeswehr müssen daher ganz eindeutig auf dieses veränderte Aufgabenspektrum ausgerichtet werden, ohne eine klarstellende Verfassungsergänzung im Hinblick auf Einsätze außerhalb der NATO vorwegzunehmen.

Diese konzeptionelle Ausrichtung ist von Bedeutung für die zeitliche Verfügbarkeit von Krisenreaktionskräften, ihren Präsenzgrad und Ausbildungsstand, ihre Führung und logistische Unterstützung und vor allem ihren Transport in ggf. weiter entfernte Krisenregionen.

In diesen Bereichen sind noch wesentliche Defizite festzustellen.

- Die Vielfältigkeit der Risiken und das breite militärische Einsatzspektrum unterstreichen die Bedeutung der Führungsfähigkeit und die Notwendigkeit auch nationaler Führungsstrukturen, um teilstreitkraftübergreifende, teilstreitkraftspezifische und taktisch-operative Führungs- und Koordinierungsaufgaben in nationaler Verantwortung zu erfüllen.

- Vor dem Hintergrund der Überlegungen zum Auftrag und zu den Fähigkeiten von Streitkräften wurde eine grobe Struktur und Kategorisierung der Streitkräfte ab 1995 und deren Verfügbarkeitsanforderungen als Bandbreite für alle Teilstreitkräfte entwickelt. Besonders wichtig ist dabei, daß die nationale Kategorisierung in Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräfte mit den NATO-Streitkräftekategorien der Main Defence- und Rapid Reaction Forces kompatibel ist. Darüber hinaus stellt die zeitliche Verfügbarkeit ein Kontinuum dar, das von 3 Tagen für erste Teile der Krisenreaktionskräfte über mehrere Wochen für den Aufwuchs großer Teile der Hauptverteidigungskräfte bis zu mehreren Monaten für den vollen Abschluß letzter Maßnahmen reicht. Damit wird volle Flexibilität für den Einsatz militärischer Mittel zur politischen Bewältigung aller Arten von zukünftig möglichen Krisen und Konflikten gewährleistet.

- Die festgelegte Friedensstärke der Bundeswehr von 370 000 Soldaten entspricht den genannten sicherheitspolitischen und militärpolitischen Erfordernissen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die bisherigen Überlegungen im BMVg zielten auf die Erfüllung von zwei Forderungen:

- den Entwurf der Gestalt und Rolle der Bw zur Jahrtausendwende und damit
- die Entwicklung einer Meßlatte für die jetzt anstehenden Planungsentscheidungen.

Bundeswehrplanung ist zwar langfristig angelegt aber dabei auch ein dynamischer Prozeß, dessen Ergebnisse stets der Überprüfung und Anpassung unterliegen. Daher besteht notwendigerweise weiterhin Untersuchungsbedarf, insbesondere in den Feldern Mobilmachungs- und Alarmwesen, logistische Basis, Transport und Sanitätsdienst. Mit den Ergebnissen dieser Untersuchungen können Aussagen zu den Fähigkeiten der Streitkräfte weiter operationalisiert und quantifiziert werden. Bereits heute wird aber auch deutlich, daß die erforderliche neue Qualität im Verteidigungsauftrag und in der militärischen Sicherheitsvorsorge nur erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn weitgehender politischer und gesellschaftlicher Konsens zum Einsatzspektrum der Streitkräfte herrscht und die materiellen und ideellen Voraussetzungen der militärischen Sicherheitsvorsorge in Politik und Gesellschaft stärker als notwendige Gemeinschaftsaufgabe herausgestellt werden.

Hannoverscher Appell

an die Mitglieder des Haushalts- und des Verteidigungsausschusses des Bundestages (Wortlaut)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! 1945 waren die Deutschen einer Meinung: „Nie wieder Krieg!“ Obschon die US-Militärführung bereits 1948 „für den Wiederaufbau einer deut-

schen Militärmacht als Ausgleich gegen die Russen" (so „U.S. News and World Report“ vom 30. 7. 1948) warb, entschieden die Eltern des Grundgesetzes klar gegen Remilitarisierung. Als im August 1950 Bundeskanzler Konrad Adenauer hinter dem Rücken von Volk, Parlament und Kabinett dem amerikanischen Hohen Kommissar eine starke deutsche Armee anbot, trat Gustav Heinemann als Innenminister aus Protest zurück. Adenauers Begründung: Das Fehlen deutscher Streitkräfte „würde die Sowjets zum Angriff herausfordern“. Mit der gebetsmühlenartigen Wiederholung solcher Formeln gelang es in den folgenden Jahren, der Bevölkerung (und der anfänglich widerwilligen SPD) die militärische Rüstung anzugewöhnen. Noch vor kurzem, als sich die Sowjetunion unter Präsident Michail Gorbatschow längst von der Block-Konfrontation in Europa verabschiedet hatte, beklagte Bundeskanzler Helmut Kohl vor Kommandeuren der Bundeswehr das „schwindende Bedrohungsbewußtsein“ des Volkes.

Das Volk aber ist klüger als der Regierungschef. Es hat gemerkt, daß kein Feind uns bedroht. Noch nie in über tausendjähriger Geschichte war unsere äußere Sicherheit so wenig von Feinden bedroht wie jetzt. Noch nie waren aber auch in Friedenszeiten unsere Militärausgaben so hoch. Milliarden werden für Kriegswaffen ausgegeben, die nach kurzer Zeit durch technische Entwicklung überholt sind, um dann durch neue, noch teurere Systeme ersetzt zu werden. Geradezu krampfhaft suchen NATO und Hardthöhe nach Rechtfertigungen, also nach neuen Feindbildern. Im Juli 1990 gaben die 16 Regierungschefs auf dem NATO-Gipfel in London neue Strategie-Entwürfe in Auftrag.

Wer neues „Bedrohungsbewußtsein“ erzeugen will, muß aber zunächst erklären, warum der Westen die potentiellen Feinde, z. B. im vorderen Orient und in Afrika, immer noch mit modernsten Waffen aufrüstet und dadurch Verschuldung und Verarmung dieser Länder verursacht. Entwurzelte Menschenmassen aus der Dritten Welt sind auf der Flucht vor Hunger, Folter, Massensterben. Braucht man Panzer und Raketen, um sie fernzuhalten? Für Tiefflüge wird Geld verschwendet. Aber es fehlt, um unsere Nahrungsüberschüsse in Hungerländer zu transportieren. Und auch bei uns nehmen Armut und Obdachlosigkeit zu.

Die Zahl der Bundeswehrsoldaten wird auf 370 000 herabgesetzt. Dennoch soll 1992 ebenso viel für Militärrüstung ausgegeben werden wie 1991. Der zuständige Minister verlangt verbesserte Panzerkampfwagen („Leo 3“), Jagdflugzeuge („Jäger 90“), Raketenwerfer, Geschütze, Minen, Panzer- und Fliegerabwehr. Im Kalten Krieg wurde uns erklärt, es gelte technisch nachzurüsten - der Feind habe nämlich vorgerüstet. Und jetzt? Wozu einseitig an der Rüstungsspirale drehen und Rohstoffe verschwenden? Um Arbeitsplätze in Arme und Rüstungsfabriken zu sichern? Arbeitskräfte fehlen allenthalben bei der Kranken- und Altenpflege, dem Umweltschutz, bei der Gewerbeaufsicht und den Steuerprüfungen!

Das neueste Argument ist: Seit dem amerikanischen Feldzug gegen Irak ist der Krieg wieder als Mittel der Politik anerkannt. Man will uns ein schlechtes Gewissen einreden, weil die Bundesrepublik sich mit Milliardenzahlung und Applaus für die US-Armee begnügt, aber im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich keine Soldaten gestellt habe. Bleiben wir also bei den weltweit dritthöchsten Militärausgaben, um Hilfstruppen für die USA bereitzuhalten, die als Quasi-Polizei eine neue „Weltordnung“ auf ihre Weise bewachen?

Willy Brandt sagte am 11. November 1971 beim Empfang des Friedensnobelpreises in Oslo: „Wir müssen der Gewalt und der Androhung von Gewalt im Verkehr der Staaten entsagen, endgültig und ohne Ausnahme.“ Krieg ist im technischen Zeitalter keine Fortsetzung der Politik, sondern (so Erhard Eppler 1968) „das Ende aller rational bestimmten Politik“. Die bundesdeutsche Rüstungspolitik weist keine Spur von Rationalität auf. Die Vernunft gebietet, den Militäretat konsequent auf Null zu mindern. Warum sollten die Deutschen, früher ein Vorbild für Kriegstüchtigkeit, nicht jetzt der Welt ein Beispiel dafür geben, daß sich ein Volk vom Rüstungswahn befreit - ein Beispiel, das sicherlich befolgt werden würde!

Erstunterzeichner u. a.: Lenelotte v. Bothmer, Dr. Werner Holtfort, Dietrich Kittner, Dr. Helmut Lippelt, Waltraud Schoppe, Eckart Spoo, Jürgen Trittin, Ulrich Vultejus, Prof. Erich Wulff, Dr. Helga Adler, Prof. Astrid Albrecht-Heide und Prof. Ulrich Albrecht, Prof. Helmut Gollwitzer, Stephan Hermlin, Prof. Martin Hirsch, Karl D. Bredthauer, Dr. Christoph Butterwegge, Dr. Heinrich Hannover, Horst Isola, Dr. Anton-Andreas Guha, Gerhard Steidl, Horst Bethge, Dr. Uwe Friesel, Prof. Klaus Staeck, Gert Heidenreich, Prof. Walter Fabian, Elmar Schmäling, Dr. Erasmus Schöfer, Günter Wallraff, Dieter Lattmann, Angelika Beer, Luise Rinser, Otto Köhler, Bernt Engelmann, Dr. Alfred Mechtersheimer, Dr. Detlef Hensche, Prof. Walter Jens.

Unterschriften bitte einsenden an: Lenelotte v. Bothmer, Flöthwiesen 4, 3000 Hannover 51.

Beiträge zu den Kosten bitte überweisen auf das Konto 0 286 500 (L. v. Bothmer, HANNOVERSCHER APPELL) bei der Deutschen Bank (BLZ 250 700 70).